

EU-Osterweiterung

Regionalförderung für 123 Millionen Menschen

Mit zehn Staaten und 75 Millionen Menschen steht die Europäische Union vor ihrer bisher größten Beitrittsrunde. Diese führt zu einem markanten West-Ost-Wohlstandsgefälle: Während die bisherigen 15 EU-Mitglieder im Jahr 2004 schätzungsweise ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 9.600 Milliarden Euro erwirtschaften, kommen die zehn neuen Länder nur auf knapp 450 Milliarden Euro. Dies hat entscheidende Folgen für die so genannte Kohäsionspolitik, die für eine bessere wirtschaftliche Balance innerhalb der EU sorgen soll. Zu diesem Zweck will die EU-Kommission von 2007 bis 2013 insgesamt 336 Milliarden Euro ausgeben. Allein 80 Prozent davon entfallen auf die Förderung jener Regionen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt. Da dieser Wert aber durch die Osterweiterung sinkt, würden nach letztem Datenstand von bisher 50 Gebieten in den alten Mitgliedstaaten 17 Regionen mit etwa 19 Millionen Einwohnern in Zukunft leer ausgehen, obwohl sich an ihrer Wirtschaftskraft pro Kopf de facto nichts geändert hat. Für die von dieser Verschiebung der Fördergrenze betroffenen Landstriche hat die EU-Kommission eine befristete und allmählich sinkende Unterstützung vorgeschlagen. Auf der anderen Seite haben nach derzeitigem Stand in den zehn neuen EU-Ländern stattliche 36 von 41 Regionen gemäß dem 75-Prozent-Kriterium Anspruch auf Hilfen aus Brüssel. In diesen Gebieten leben 69 Millionen Menschen – und damit 92 Prozent der Bevölkerung aller Beitrittsstaaten. Insgesamt dürften demnach in der EU mit 25 Staaten 69 Regionen mit 123 Millionen Einwohnern Ansprüche auf die begehrten Fördermittel anmelden.

Berthold Busch: Die Erweiterung der EU – Etappen, Regelungen und Finanzen, in: iw-trends 1/2004

Gesprächspartner im IW: Dr. Berthold Busch, Telefon: (02 21) 49 81-7 62



Tanz um die Fördertöpfe

Mit der Aufnahme von zehn Ländern zum 1. Mai ist die bisher größte Erweiterung der Europäischen Union unter Dach und Fach. Doch neuer Zwist ist in Sicht. Denn die Regionalförderung der EU wird künftig zu einem großen Teil den Beitrittsländern zugute kommen, während manche bisher geförderte Gebiete in den alten Mitgliedstaaten auf Dauer leer ausgehen dürften.*)

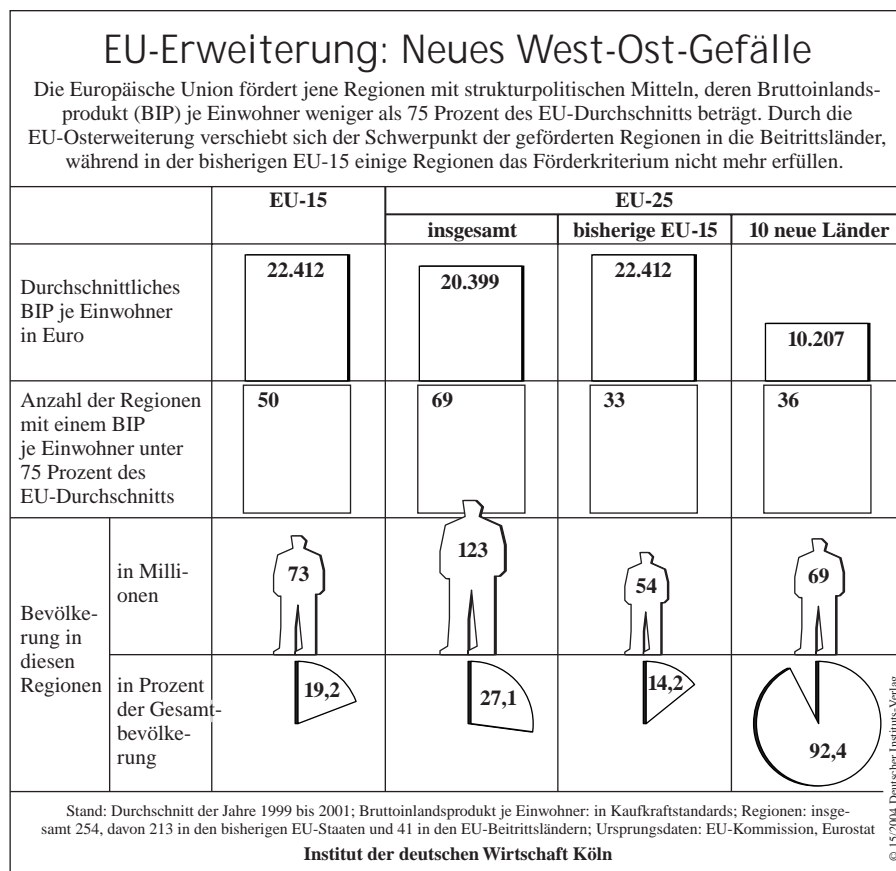
Am 1. Mai 2004 wird das europäische Haus aufgestockt – dann treten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, die Slowakische und die Tschechische Republik sowie Ungarn und Zypern der EU bei. Mit zehn Staaten und 75 Millionen Menschen ist diese Erweiterungsrunde die bisher größte.

In den Beitrittsverhandlungen mussten die Kandidaten seit 1998 den rechtlichen Besitzstand der EU abarbeiten – ein 31 Kapitel starkes Regelwerk mit etwa 14.500 Rechtsakten und 97.000 Seiten im Amtsblatt der Union. Bis Ende 2002 hatten außer Rumänien und Bulgarien – sie werden wohl 2007 aufgenommen – alle EU-Aspiranten ihre Hausaufgaben gemacht. Ihr Beitrittsvertrag umfasst nahezu 1.000 eng bedruckte Seiten im EU-Amtsblatt. Überwiegend auf Drängen der neuen Mitglieder sind mehr als 200 Übergangsregelungen vereinbart worden – vor allem in den Bereichen Umwelt, Steuern und Verkehr.

Doch auch noch so detaillierte Vereinbarungen ändern nichts daran, dass sich durch die Erweiterung ein großes West-Ost-Wohlstandsgefälle einstellt:

Während die bisherigen 15 EU-Mitglieder im Jahr 2004 schätzungsweise ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 9.600 Milliarden Euro erwirtschaften, kommen die zehn neuen Länder nur auf knapp 450 Milliarden Euro.

Dies hat entscheidende Folgen für die so genannte Kohäsionspolitik, die für eine bessere wirtschaftliche Balance innerhalb der EU sorgen soll. Hierfür will die EU-Kommission von 2007 bis 2013 insgesamt 336 Milliarden Euro



ausgeben. Allein 80 Prozent davon entfallen auf die Förderung jener Regionen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75 Prozent des EU-Mittelwerts beträgt.

Letzterer wird durch die Erweiterung spürbar gesenkt, wie anhand der Durchschnittswerte für 1999 bis 2001 deutlich wird (Grafik):

Die um Kaufkraftunterschiede bereinigte Wirtschaftsleistung je Einwohner betrug in der EU mit 15 Mitgliedsländern zuletzt 22.412 Euro; für die künftig 25 Staaten waren es dagegen nur 20.399 Euro.

Entsprechend sinkt durch die Beitrittsstufe auch die 75-Prozent-Marke, bis zu der eine Region Anspruch auf Unterstützung aus Brüssel hat. Allein aufgrund dieses statistischen Effekts würden von bisher 50 Gebieten in den alten Mitgliedstaaten 17 Regionen mit etwa 19 Millionen Einwohnern in Zukunft leer ausgehen, obwohl sich an ihrer Pro-Kopf-Wirtschaftskraft de facto nichts geändert hat.

Für die betroffenen Landstriche hat die EU-Kommission eine befristete und allmählich sinkende Unterstützung vorgeschlagen. Welche Gebiete dies betrifft, wird sich jedoch erst 2005 zeigen, wenn die EU die Entscheidungen über die Regionalförderung fällt.

Auf jeden Fall dürften aber insgesamt mehr Regionen gemäß dem 75-Prozent-Kriterium EU-Hilfen erhalten als bisher – nach letztem Stand wären es 69 statt 50. In den zehn neuen EU-Ländern haben stattdessen 36 von 41 Regionen angesichts ihrer geringen Wirtschaftskraft Anspruch auf Geld aus Brüssel. In diesen Gebieten leben 69 Millionen Menschen – und damit 92 Prozent der Bevölkerung aller Beitrittsstaaten. Künftig werden also noch mehr hungrige Mäuler um die EU-Fördertöpfe schleichen – der Streit ums Geld dürfte folglich in der größeren Union sicher nicht kleiner werden.

*) Vgl. Berthold Busch: Die Erweiterung der EU – Etappen, Regelungen und Finanzen, in: iw-trends 1/2004